

Firmen schaffen Arbeitsplätze, wenn es Ihnen nützt

Gastkommentar in der Badischen Zeitung vom 23.7.2004

In diesen Tagen hört man aus der Bundesregierung immer wieder: „Wir haben mit Hartz I–IV und Agenda 2010 unseren Teil zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit erfüllt. Jetzt müssen die Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und Arbeitsplätze schaffen.“ Was ist davon zu halten?

So viel darf als sicher unterstellt werden: Wenn ein Unternehmen sich Vorteile – mehr Ertrag als Kosten – von neuen Stellen verspricht, wird es diese schaffen. Umgekehrt gilt: Wenn es trotz Hartz und Agenda 2010 seine Personalstärke nicht erhöht, dann deshalb, weil es davon keine Vorteile erwartet.

Das weiß auch die Politik. Es geht ihr also um etwas anderes: Die Unternehmen sollen weniger an ihre Vorteile denken als an das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit. Daher auch der Appell an die soziale Verantwortung.

Die Unternehmen stehen im Wettbewerb um die Gunst der Käufer. Was passiert, wenn einem Betrieb durch die Einstellung neuer Mitarbeiter mehr Kosten als Ertrag entstehen? Seine Produkte werden relativ zu denen der Konkurrenten teurer. Mal ehrlich: Kaufen Sie das teurere Produkt, wenn im Regal daneben ein preiswerteres mit gleicher Qualität liegt? Wohl nicht. Unser Unternehmen erleidet also Umsatzeinbußen, die bis zum Konkurs führen können. Dann sind auch die alten Arbeitsplätze verloren.

Dazu sagen Politiker häufig: „Das stimmt alles für kleine und mittlere Unternehmen, aber nicht für die multinationalen Konzerne, die hohe Gewinne einfahren. Die Konzerne müssen notfalls auf Kosten ihrer Gewinne Arbeitsplätze schaffen.“

Auch das ist so nicht haltbar. Erstens entfallen 87 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland auf die kleinen und mittleren Betriebe unter 1000 Beschäftigten.

Zweitens liegt die Ertragstärke deutscher Großunternehmen in vielen Branchen weit unter der Ertragskraft ausländischer, insbesondere amerikanischer Firmen. Deshalb stehen sie unter Druck, ihre Gewinne zu steigern:

Haben Sie eine private Rentenversicherung? Oder zahlt Ihr Arbeitgeber für Sie in eine betriebliche Rentenversicherung? In beiden Fällen erwarten Sie zu Recht, dass aus den heutigen Einzahlungen möglichst hohe Rentenzahlungen im Alter fließen. Auch haben viele Millionen Menschen ihre Ersparnisse in Investmentfonds angelegt und erwarten eine möglichst hohe Rendite.

Die Versicherungen und Fonds stehen in einem Wettbewerb um Sie als Kunde. Denn Sie schließen die Versicherung ab und kaufen den Fonds mit der jeweils höchsten Rendite.

Um möglichst hohe Renditen zu erzielen, legen nicht nur die Fonds, sondern auch die Versicherungen die Einzahlungen ihrer Kunden in Aktien an; sie erwerben also Beteiligungen an großen Konzernen und gewinnen so Einfluss auf diese. Den nutzen sie, indem sie die Unternehmen drängen, möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Dieser Druck, der letztlich von uns Bürgern ausgeht, lässt den Unternehmen keinen Raum für die Schaffung von Arbeitsplätzen, deren Kosten den Ertrag übersteigen. Denn dies würde den Gewinn der Unternehmen schmälern, damit die Rendite der Versicherung bzw. des Fonds

reduzieren und so letztlich Ihre spätere Rente und die Verzinsung Ihrer Ersparnisse verringern. Wollen Sie das?

Auch dies führt uns zurück auf das einfache marktwirtschaftliche Gesetz: Ein Unternehmen schafft Arbeitsplätze, wenn es sich auszahlt.

Was ist dann gegen die Arbeitslosigkeit zu tun? Keineswegs hat die Politik ihre Hausaufgaben gemacht. Hartz und Agenda 2010 sind wichtige Schritte. Aber die Erneuerung unserer Wirtschaftsordnung muss weitergehen. Eine verrostete Maschine funktioniert noch lange nicht, wenn nur eines ihrer Teile geölt wird. Die ganze Maschine muss instandgesetzt werden.

Hier gibt es noch viel zu tun. Etwa gegen die Überregulierung und Bürokratie, welche die arbeitsplatzschaffende unternehmerische Initiative und Dynamik oft erstickt. Nur ein Beispiel: In den USA dauert es im Schnitt vier Tage, eine GmbH zu gründen, in Deutschland 44. Und unsere Politiker vermehren Zahl und Umfang der deutschen Gesetze ungerührt weiter – jedes Jahr um mehrere tausend Seiten.

Dr. habil. Lüder Gerken, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für Ordnungspolitik